

Um das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion

Als *John Maynard Keynes* aus neuer Einsicht in wirtschaftliche Entwicklungstendenzen seine Theorien über die Nachfrage auf den Märkten veröffentlichte, lebte der größte Teil der Industrielwelt in einer echten Unterkonsumtionskrise. Der Güter gab es genug — der Nachfrage zuwenig.

Während die meisten Menschen und ihre großartigen „Wirtschaftsführer“ fasziniert und tatenlos der Krise gegenüberstanden, stellte Keynes zunächst einmal fest, was eigentlich vorging. Bei übervollen Lägern sah er Millionen von Arbeitslosen, die darben. Der Segen der Technik konnte nicht an den Mann gebracht werden. Die Masse der Menschen hatte gleichwohl Appetit auf die ganze Fülle der Überproduktion samt jenen Gütern, die infolge der Wirtschaftsdröselung erst gar nicht produziert wurden. Trotzdem gelang es der gepriesenen freien Unternehmerwirtschaft jener Tage nicht, die Kapazitäten auszunützen und die Güter an den Mann zu bringen. Die Käufer hatten nicht genug Geld. Es fehlte nicht an Bedarf, nein, Bedarf gab es in jenen Zeiten der Massennot genug. Aber Bedarf mit Geld, Bedarf, der kaufen wollte und bezahlen konnte, der fehlte!

Soweit Keynes. Zugleich gab er einige nützliche Ratschläge zur Behebung jener absonderlichen Misere, in welcher die gleiche Volkswirtschaft, die eine Fülle von Gütern zu erzeugen vermochte und zum guten Teil auch erzeugte, die Massen ihrer arbeitenden Menschen hungern lassen mußte. Keynes rief die Regierungen auf, zu regulieren, was offensichtlich die freie Wirtschaft nicht regulieren konnte. Er riet den Regierungen, Bedarf künstlich zu schaffen — möglichst vernünftige Nachfrage zu erzwingen — durch öffentliche Ausgaben.

Heute gibt es keine Regierung eines modernen Industriestaates, die sich nicht die Erkenntnisse von John Maynard Keynes zu eigen gemacht hätte. Krisen, wie wir sie in den dreißiger Jahren erlebten, sind unwahrscheinlich geworden. Wo die Konjunktur nachläßt, setzen die Regierungen sofort mit öffentlichen Aufträgen ein. Bedarf an Straßen, Bahnen, Kanälen, Schulen, Universitäten und leider, leider auch an Kriegsmaterial gibt es ja immer; und wenn er nur will, kann ja ein Staat seinen Bedarf sofort mit Kaufkraft versehen, indem er neues Geld schöpft und ausgibt. Sein Bedarf unterscheidet sich wesentlich von dem des Arbeitslosen oder des zu schlecht bezahlten Arbeiters, die zwar Bedarf haben — wohlverstanden sogar volkswirtschaftlich zwingend notwendigen Bedarf. Aber die Masse der Verbraucher kann kein Geld schöpfen — höchstens Kredit, jenen schwer zu bekommenden Personalkredit für Habenichtse, den es zum mindesten zur Zeit des Herrn Keynes kaum gab.

Nach Keynes war es somit der Staat, der im Falle einer Unterkonsumtionskrise für die notwendige Nachfrage zu sorgen hatte. Denn im Banne der riesigen Arbeitslosenheere seiner Zeit erschien ihm nichts schlimmer als diese Arbeitslosigkeit. Selbst die unsinnigste Erzeugung von Nachfrage durch den Staat würde Keynes und seine Zeit noch befürwortet haben. Wichtig, erschien hier allein die, wenn auch künstliche Herstellung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion.

Keynes hat mit seinen Erkenntnissen und seinen Ratschlägen ohne Zweifel sehr viel Gutes gestiftet. In größtem Umfang hat er den Staat als obersten Wächter über die Konjunktur und damit über die Wirtschaft etabliert. Es war Keynes, der das Primat des freien Unternehmers brach und die staatliche Wirtschaftspolitik postulierte. Man könnte es auch als die Einführung sozialistischer Vorstellungen durch die ratlosen Liberalen bezeichnen.

*

Das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion blieb seit Keynes ein allgemeines Sorgenkind aller Wirtschaftler. Staat, Unternehmer, Gewerkschafter, Politiker, alle bemühen sich redlich um das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch. Nicht

GLEICHGEWICHT ZWISCHEN PRODUKTION UND KONSUMTION

immer ganz genau im Sinne des Herrn Keynes. Man hat seither manches dazugelernt, und indem der Staat seit Keynes ein ständig wachsendes Volumen an Wirtschaftspolitik aufbaute, lernten auch die anderen dieser Wirtschaftspolitik zu begegnen. Wir brauchen gar nicht an Hitler und seine Wirtschaftsberater zu denken, deren durch Keynes geschärfte Sinne recht schnell die Wege fanden, wie ein Staat seinen speziellen, hier sogar recht ungesunden Bedarf über alle Maßen ausweitete und „bezahlte“. Das heißt, bezahlt wurde alles erst nach dem Zusammenbruch.

Seit Jahrzehnten haben die Menschen einen Horror vor der Inflation. Nachfrage des Staates hat nämlich die Tendenz in sich, durch Neuschöpfung von Geld bezahlt zu werden. Somit droht eine Entwertung des alten Geldes. Man pflegt seither ein besonderes Augenmerk auf die Preise zu richten, denn niemand kann so recht sagen, wie weit das alte Geld reicht und wie weit inflationsträchtiges neues Geld bereits im Spiel ist. Die Preise dagegen werden für ein echtes Barometer gehalten. Wenn die Preise steigen, dann wird es vielen Beteiligten an der Wirtschaft ungemütlich zu Mute. Und gleich ist auch ein bewährtes Rezept bei der Hand. Wo immer in der modernen Industriewirtschaft die Preise steigen, dort ist man sich schnell über die Ursache einig: Die Löhne sind schuld daran, wenn die Preise steigen. Besonders in der Bundesrepublik reitet man munter auf diesem Argument herum. Die Gewerkschaften und deren Lohnpolitik sind der Schwarze Peter.

*

Heute gilt Professor *Slichter* von der Harvard-Universität als der berufenste Nachfolger von Keynes. Wir wissen heute, daß es bei dem so wichtigen Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch eine direkte Abhängigkeit von der Höhe der Reallöhne gibt.

Heute wissen wir, daß die Krise der dreißiger Jahre eine Unterkonsumtionskrise war, genau wie Keynes es sagte. Zugleich aber wissen wir auch, daß dieser Mangel an Nachfrage, d. h. Bedarf plus Kaufkraft, eine Folge der systematischen Unterbezahlung der Masse der Industriearbeiter war. In der Zeit nach dem ersten Weltkrieg war die Macht der großen Kapitalkonzentrationen so gestiegen, daß diese trotz Gewerkschaften die Löhne so niedrig, die Preise so hoch halten konnten, wie es den Führungen der Unternehmer in ihrer profitsüchtigen Kurzsichtigkeit richtig erschien. Eine furchtbare Krise der Verelendung infolge des Überflusses war die Folge. Ein Paradoxon, dem Keynes mit staatlicher Nachfrageschöpfung zu begegnen gedachte. (Inflation plus staatlicher Mißwirtschaft bereiteten geringe Sorgen gegenüber dem alles überschattenden Gespenst der Massenarbeitslosigkeit.)

Prof. Slichter jedoch empfiehlt die *Einschaltung der Gewerkschaften* als Instrument zur Erzwingung eines so hohen Reallohnes der breiten Massen, als notwendig ist, um die Masse der erzeugbaren Güter wieder zum Verbrauch gelangen zu lassen. Schon die Berater des Präsidenten *Roosevelt* in den Jahren nach 1933 hatten diese Methode erkannt. Als Hitlers Wirtschaftsberater die Währung aushöhlten und die Gewerkschaften zerschlugen, da erließ Roosevelt seine großartigen Gewerkschaftsgesetze, durch welche die amerikanischen Gewerkschaften in die Lage versetzt wurden, kraftvoll der Übermacht konzentrierten Kapitals zu begegnen und den amerikanischen Unternehmern zum eigenen Wohle so hohe Reallöhne abzurufen, als notwendig waren, um Erzeugung und Verbrauch im Gleichgewicht zu halten.

Sowohl politisch als auch wirtschaftspolitisch sind die USA mit dieser Art von Wirtschaftsdemokratie gut gefahren. Je höher der relative Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt stieg, desto besser gedieh die ganze Wirtschaft. Zwar erlebten die Vereinigten Staaten gleichzeitig eine dauernde Geldentwertung, doch sicherlich nicht wegen der Höhe der Löhne, sondern eher infolge ungeheuerlich anwachsender Staatsausgaben (zuerst zur Überwindung der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems im New Deal nach den Ratschlägen von Keynes, später für den Krieg gegen Hitler und in der Nach-

kriegszeit zur Unterstützung notleidender Völker und zur Führung des kalten Krieges gegen Sowjetrußland). Wichtig aber bleibt in unserem Zusammenhang, daß die Höhe der Reallöhne ständig stieg — so daß in Wechselwirkung nicht nur der relative Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt größer wurde, sondern dieses selbst sich in ungeahntem Ausmaße vergrößerte. Vierfach höher als in der Bundesrepublik ist z. B. der Reallohn für eine Stunde Arbeit eines vergleichbaren Arbeiters in den USA.

Es sind somit die Reallöhne, die einen bedeutenden Einfluß auf das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch ausüben. Da aber der relative Anteil der bundesdeutschen Löhne und Gehälter am Sozialprodukt niedriger liegt als in den anderen vergleichbaren Industrieländern, stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, ein besseres Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Kaufkraft der breiten Massen zu erzwingen, d. h. die Reallöhne zu erhöhen, wollen wir nicht in eine ernsthafte Wirtschaftskrise schlittern. (Bei der Berechnung des relativen Anteils der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt dürfen wir keineswegs die Ergebnisse der amtlichen Einkommensstatistik blind übernehmen. Riesige Gewinne vor allem der Besitzenden wurden nicht von den Finanzämtern und damit nicht von der amtlichen Statistik erfaßt. Vergleiche hierzu die Angaben und Berechnungen der Professoren v. *Nell-Breuning* und *Gleitze*.)

Wie aber soll dieses geschehen, wenn jede Lohnerhöhung sofort zu Preiserhöhungen führt, oder wenn gar die Gewerkschaften von einer irreführten öffentlichen Meinung gedrängt werden, zu niedrige Löhne zu akzeptieren?

Nun läßt sich von keinem Kenner der Materie bestreiten, daß die allgemeine Höhe der bundesdeutschen Löhne und Gehälter selbst nominell zu niedrig liegt. Wahrscheinlich war es klug, nach 1945 den Anteil der Löhne zugunsten der Kapitalbildung durch die Besitzenden niedrig zu halten. Die damalige Disproportionierung muß jedoch jetzt abgebaut werden. Somit haben die deutschen Arbeitnehmer einen durchaus legitimen Anspruch auf eine Lohnerhöhung, welche die Produktivitätszuwachsrate übersteigt. Denn was vielleicht damals vertretbar war im Interesse des Wiederaufbaues, das führt heute zwangsläufig zur Unterkonsumtion, ganz zu schweigen von gesellschaftspolitischen Folgen mißlichster Natur, die hier nicht zur Debatte stehen.

Gewichtiger aber als der Nachholbedarf in bezug auf die Erhöhung der Nominallöhne ist die Lohnpolitik in Richtung der Preise. Was es auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik an Mißbräuchen gibt, läßt sich so einfach gar nicht überschauen. Gründliche Untersuchungen wurden bisher planvoll verhindert.

Einen erheblichen Anteil an der Schrumpfung des Reallohnes der breiten Massen hat ohne Zweifel unsere Agrarpolitik. Nicht nur, daß Milliarden an öffentlichen Mitteln in Form von Geschenken an die Landwirtschaft verteilt werden, nicht nur, daß dieser in bedeutendem Umfange Steuern, die andere Schichten zahlen müssen, erlassen wurden, wir halten zudem durch Einfuhrdrosselung und hohe Schutzzölle künstlich die Preise für Nahrungsmittel hoch. Ob unsere Agrarpolitik notwendig und richtig ist, bleibe einmal außer Betracht. Eine recht massive Interessenpolitik der wohlorganisierten Bauern hat jedenfalls die Regierung zu außerordentlichen Konzessionen gezwungen, die nach einer runden Schätzung jede Mark Arbeitnehmerlohnes um 10 vH in ihrem Werte, in ihrer Kaufkraft schmälert. Wenn die heutige Agrarpolitik notwendig für das ganze Volk ist, dann muß die Masse der Verbraucher eben ein solches Opfer bringen. Allerdings tendieren solche Privilegien eines Berufsstandes, sofern sie lange dauern, zu übelsten Verkrüppelungen des betroffenen Standes. Zugleich können sie zu einer Gefahr für die Gesamtwirtschaft werden — weil sie die Kaufkraft schmälern. Die Gewerkschaften und die Regierung sollten sich daher gebunden fühlen, die Protektion der Landwirtschaft nur so lange und nur in solchem Umfange fortzusetzen, als es das Gemeinwohl zwingend erfordert.

Ein anderes wichtiges Gebiet der allgemeinen Lohnpolitik ist das allgemeine Preisgefüge. Gewaltige Apparaturen des Handels und der Industrie manipulieren in der

GLEICHGEWICHT ZWISCHEN PRODUKTION UND KONSUMTION

Bundesrepublik die Preise in einem Ausmaß, daß kein Mensch mehr weiß, wo diese noch volkswirtschaftlich richtig und wo sie nachweislich monopolistisch verfälscht wurden. Eine Verbraucherorganisation in der Bundesrepublik veröffentlichte im Juni 1957 ein Untersuchungsergebnis, wonach es im Handel mit Herden, Öfen und Elektrogeräten zu Handelsspannen bis zu 53 vH des Verbraucherpreises komme. Somit verdient ein entsprechender Händler an einem Umsatz von 1000 DM glatt 530 DM! Darin liegt ein verderbliches Aushöhlen der Reallöhne durch einen Handel, der in subtilster Form das Regulatoriv der freien Konkurrenz aus seinem Wirtschaftsraum hinausmanipulierte. Selbst wenn in der Regel nur 40 vH vom Verbraucherpreis vom Handel verdient werden, wie es der zuständige Fachverband entgegnete, selbst dann noch ist es böse bestellt um das für unser Wohlergehen nötige Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch.

Ein weiteres Moment des Gleichgewichts in einer dynamischen Wirtschaft steckt in der klugen Senkung der Kosten im Handel, wie in der Produktion. Monopolistische Konzentrationen von Wirtschaftsmacht, wie sie sich in der Bundesrepublik in erschreckendem Maße nach dem Zusammenbruch herausbildeten, stehen möglichen Kostensenkungen gelassen gegenüber, weil sie die Preise zu diktieren vermögen. In diesem Zusammenhang sei auf das jüngste Verhalten der Kohlen- und Eisenmagnaten in der Bundesrepublik verwiesen, die sich nicht scheuten, eine Regierung lächerlich werden zu lassen, die gerade diesen Industrien gewaltige Chancen der Selbstfinanzierung über hohe Preise und niedrige Löhne ermöglicht hatte. Ein absolut notwendiger Abbau der Selbstfinanzierung dieser zusammengeballten Unternehmungen hätte sicherlich eine erhebliche Kostensenkung ermöglicht, und vielleicht sogar an Stelle der Preiserhöhung für Kohle und Eisen eine Preisermäßigung.

Monopolistische Zusammenballung, das beweist die Entwicklung mehr und mehr, bedarf stärkster und unabhängiger Gewerkschaften, soll ein krisenabwendendes Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch gesichert bleiben. Klare Erkenntnisse der wirtschaftlichen Gegebenheiten, die nicht durch eine teuflisch geschickte Meinungsbildung der Monopolhalter, ihrer Nutznießer und ihrer Gefolgschaften getrübt wurden, müssen die Gewerkschaften bei ihrer schweren Aufgabe leiten. Das kann wohl nur durch *Ausbau der Mitbestimmung*, weit über den Rahmen der geltenden Gesetze hinaus, erreicht werden. Wahrscheinlich läßt sich die Sicherung des Gleichgewichtes, insbesondere in bezug auf die Preisgestaltung auf den Märkten des Wirtschaftsgebietes, überhaupt nicht ohne wohlfundierte überbetriebliche Mitbestimmung auf der Ebene von Bundeswirtschaftsrat und wirtschaftsregionalen Mitbestimmungskörperschaften sichern. Jedenfalls bildete sich in allen Industrieländern mit höherem allgemeinem Lebensstandard der breiten Massen eine weit stärkere Position der Gewerkschaften heraus, als wir sie in der Bundesrepublik kennen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß unsere derzeitige Wirtschaftssituation voller Mängel und Gefahren steckt, die alle das Gleichgewicht zwischen Konsumtion und Produktion stören. Damit wird die ruhige Aufwärtsentwicklung stärksten Gefahren ausgesetzt, die sich nicht länger allein mit keynesianischen Mitteln beheben lassen. Die Reallöhne müssen erhöht werden, nicht nur die Nominallöhne. Nicht nur muß in der Bundesrepublik der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt mit dem Wachsen dieses Sozialprodukts gleichmäßig steigen, sondern erheblich darüber hinaus, weil die bisherige Gewinnspanne in Industrie und Handel (wohlverstanden einschließlich der nicht statistisch erfaßten riesigen stillen Gewinne) zwar eine Weile über selbstfinanzierte Investitionen das Gleichgewicht sicherte, dieses aber um so mehr stören muß, als die Investitionen zur Konsumgütererzeugung drängen. Letztlich ist ja die Erzeugung von Verbrauchsgütern Ziel aller Wirtschaft.

Um in einer modernen Industriewirtschaft das notwendige Maß an Gleichgewicht zu sichern, bedarf es nach Prof. S. H. Slichter jener Funktionen der expansiven Lohnpolitik

(die schon vor 25 Jahren der christliche Gewerkschafter Prof. *Theodor Brauer* forderte) und zugleich jener Mitbestimmung der Gewerkschaften, die notwendig ist, um Kosten und Preise zu senken, was diese vorzüglich durch Aktivierung ihrer Mitglieder zu erreichen vermögen (was bereits vor 25 Jahren der christliche Gewerkschafter *Bernhard Letterhaus* forderte).

Nun vermag aber niemand zu Recht dem Professor der Harvard Universität und ebensowenig den christlichen Gewerkschaftern Brauer und Letterhaus vorzuwerfen, ihre Erkenntnisse seien von radikalen Ideologien geprägt worden. Selbst dann, wenn die hier geschilderten Notwendigkeiten nicht dem Vorstellungsbild der Neoliberalen aller weltanschaulichen Gruppierungen entsprechen sollten, sind sie doch keinesfalls einer radikalen Ideologie entsprungen. Die expansive Lohnpolitik der Gewerkschaften unter strengster Beachtung des Realwertes der Löhne ist vielmehr eine zwingende Notwendigkeit für den Fortbestand unserer Wirtschaft; weiterhin eine zwingende Notwendigkeit zur Sicherung des Allgemeinwohls. Das sollten recht bald alle gutwilligen Wirtschaftspartner aller Berufszweige erkennen, durch jenen Nebel an falschen Vorstellungen hindurch, der von einer geschickten Meinungsbildungstechnik im Solde der Monopolherren verbreitet wird.